

# **Kirche und Gesellschaft**

Herausgegeben von der  
Katholischen Sozialwissenschaftlichen  
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 187

## **Die Aufgaben europäischer Politik in den neunziger Jahren**

von Rudolf Seiters

J.P. Bachem Verlag

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ behandelt jeweils aktuelle Fragen aus folgenden Gebieten:

- Kirche in der Gesellschaft
- Staat und Demokratie
- Gesellschaft
- Wirtschaft
- Erziehung und Bildung
- Internationale Beziehungen / Dritte Welt

Die Hefte eignen sich als Material für Schul- und Bildungszwecke.

Bestellungen sind zu richten an die  
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle  
Viktoriastraße 76  
4050 Mönchengladbach 1

**Redaktion:**  
**Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle**  
**Mönchengladbach**

Am 3. Oktober 1990 gelang es den Deutschen nach Jahrzehnten der Teilung, ihre staatliche Einheit wiederherzustellen. Aber nicht nur die Teilung Deutschlands ging an diesem 3. Oktober zu Ende, mit diesem Tag endete zugleich die Teilung Europas. Dieser Tag besiegelte auch das Ende der Nachkriegsära.

### **Eine neue Etappe der Freiheit in Europa**

Viel verdanken wir Deutschen den Reformbewegungen in den Ländern Osteuropas: Der Freiheitswille der Menschen dort hat die Deutsche Einheit erst möglich gemacht, wie auch der Wandel der sowjetischen Außenpolitik unter Gorbatschow.

Die Deutsche Einheit war aber nicht zuletzt das Verdienst der Menschen in der damaligen DDR. Mit ihrer friedlichen Revolution haben sie die Ketten des Unrechtsregimes gesprengt. Erstmals seit fast 60 Jahren leben die Menschen im Osten Deutschlands heute in Freiheit.

Die Deutschen sind sich auch der Tatsache bewußt, daß sie ihre Einheit nicht ohne die vielfältige Unterstützung ihrer Partner im Atlantischen Bündnis und in der Europäischen Gemeinschaft erlangt hätten. Hinzu kam die Solidarität zahlloser Demokraten in aller Welt, die unser Anliegen mittrugen, das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen zu verwirklichen.

In Europa hat eine neue Etappe der Freiheit begonnen. Mit Mut und dem festen Willen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, haben sich die Völker Mittel-, Ost- und Südosteuropas gegen ihre kommunistischen Diktaturen erhoben. Sie haben die ihnen aufgezwungenen totalitären Herrschaftssysteme abgeschüttelt.

Der Totalitarismus ist auch deshalb zusammengebrochen, weil er der menschlichen Natur widerspricht und eine irrige Vorstellung vom Menschen vertrat. Papst Johannes Paul II. hat in seiner Enzyklika „Centesimus annus“ mit Recht geschrieben, daß „der Grundirrtum des Sozialismus anthropologischer Natur ist: Der Mensch wird zu einem Bündel gesellschaftlicher Beziehungen verkürzt, es verschwindet der Begriff der Person als autonomes Subjekt moralischer Entscheidung, das gerade dadurch die gesellschaftliche Ordnung aufbaut“.

Diese Geringschätzung des Menschen wurde begleitet vom sozialistischen Glauben an die Selbsterlösung des Menschen. Der Versuch, diesen Glauben in praktische Politik umzusetzen, überfordert den Menschen. Auch ging die moralische Überhöhung des Menschen einher mit der Verachtung Gottes und der Religion. Die aggressive Religionsfeindlichkeit des Sozialismus war eine weitere Ursache für sein Scheitern. Zur Freiheit, dem Selbstbestimmungsrecht und zur Demokratie gibt es keine moralisch vertretbare Alternative, weil sie der menschlichen Natur am ehesten gerecht werden.

Jetzt erleben wir den Sieg der Freiheit über die Unfreiheit, der Demokratie über die Despotie und der sozialen Marktwirtschaft über die sozialistische Kommandowirtschaft. Es hat sich erneut erwiesen: Die Idee der Freiheit ist stärker als die Fesseln menschenverachtender Diktaturen.

Wir erleben einen epochalen Wandel, der das Gesicht Europas von Grund auf verändert. Eine Epoche ist zu Ende gegangen, und das vor allem mit friedlichen Mitteln. Gewaltlosigkeit war das gemeinsame Kennzeichen der Demokratiebewegungen wie Solidarnosc in Polen und Charta 77 in der Tschechoslowakei.

### **Das Ende der Nachkriegszeit und die europäische Verantwortung**

Wir Deutschen sind und bleiben dankbar für die europäische Revolution. In ihrem Kontext hat unser Volk die Einheit in Freiheit wiedergewonnen.

Wir sind nicht zum Nationalstaat des 19. Jahrhunderts zurückgekehrt, sondern ein freiheitliches Deutschland geworden, ein Deutschland, das in die Gemeinschaft der Völker Europas voll integriert ist. Unser großes politisches Ziel ist und bleibt, wie Bundeskanzler Helmut Kohl am 30. Januar 1991 in seiner Regierungserklärung vor dem ersten frei gewählten gesamtdeutschen Parlament hervorgehoben hat, eine dauerhafte und gerechte europäische Friedensordnung. Sie ist gegründet auf die Achtung der Menschenrechte, auf freiheitliche Demokratie und die soziale Marktwirtschaft.

Am Ende dieses Jahrzehnts wird es nach unserem Willen in Europa eine Politische Union und eine gemeinsame europäische Währung geben. Die alte vom Ost-West-Gegensatz geprägte Nachkriegsordnung wird von einer neuen Epoche der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit abgelöst.

Wir stehen heute in einer Zeit gewaltiger Umbrüche, deren Folgen wir noch kaum abzusehen vermögen. Der Kalte Krieg wurde beendet, der Ostblock ist aufgelöst, der Warschauer Pakt ebenfalls – und nicht nur das: Die Sowjetunion, einstmals ein scheinbar monolithisch geführtes Machtzentrum, ist zerfallen. Wie sich dieser Staatsverband staats- und völkerrechtlich endgültig neu organisiert, entscheidet sich in dem Klärungsprozeß, den wir gegenwärtig erleben – mit allen Chancen und Risiken.

Die Entwicklung der letzten Wochen und Monate in der ehemaligen Sowjetunion ist auch eine klare Absage an die früheren zentralistischen Strukturen, mit denen die Identität der Völker in der ehemaligen Sowjetunion und darüber hinaus unterdrückt worden war. Die Auflösung der Sowjetunion und die Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) ist Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts der Völker der früheren UdSSR und liegt in der Logik der Entwicklung der Demokratisierung.

Wir im Westen erwarten, daß die Präsidenten der neuen Republiken bei der Gestaltung ihres künftigen Zusammenlebens weiterhin mit großer Verant-

wortung ans Werk gehen. Das bedeutet zum einen, daß die Menschenrechte und Minderheitenrechte gewährleistet und geachtet und daß die gegenseitigen Grenzen als unverletzlich betrachtet werden.

Für die Stabilität der GUS, Europas und der ganzen Welt ist von besonderer Bedeutung, daß das nukleare Potential der früheren Sowjetunion unter Kontrolle bleibt und – soweit wie möglich – abgebaut wird, damit keine neuen Gefährdungen entstehen.

Die neue Gemeinschaft Unabhängiger Staaten braucht bei der Lösung ihrer vielfältigen Probleme des täglichen Lebens und der unmittelbaren Nöte der Menschen die solidarische Hilfe Europas. Die gewaltige Umstellung, die auf die GUS zukommt, kann nicht über Nacht erreicht werden. Wie schwer es ist, jahrzehntelange sozialistische Fehlentwicklungen zu überwinden, erleben wir gerade im Osten Deutschlands; dort steht allerdings der ganze westliche Teil Deutschlands zu unmittelbarer Hilfe bereit. Im Verhältnis zur früheren Sowjetunion kommt es jetzt darauf an, daß sich *der gesamte Westen* zur Hilfeleistung verpflichtet fühlt.

Eine europäische Antwort auf die Entwicklungen in der früheren Sowjetunion zu geben, heißt, über die unmittelbare humanitäre Hilfe hinaus die neue Gemeinschaft Unabhängiger Staaten in die gesamteuropäische Struktur einzufügen: Dies sind die Strukturen des KSZE-Prozesses. Deutschland wird sich mit Nachdruck bei den entsprechenden Beratungen dafür einsetzen, daß die neuen Staaten der GUS in die KSZE aufgenommen werden.

Die Europäische Gemeinschaft hat eine große Verantwortung für diese notwendige neue Zusammenarbeit. Der Europarat wird beim Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen helfen.

Der neugegründete Nordatlantische Kooperationsrat wird in Zukunft die neuen Staaten miteinbeziehen, das heißt, die Staaten der NATO werden zusammen mit den Mitgliedstaaten des früheren Warschauer Paktes und seinen Nachfolgern – also auch der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten – einen gemeinsamen Sicherheitsraum bilden.

### **Konturen einer neuen europäischen Architektur**

So zeichnet sich – in ersten Ansätzen – eine neue europäische Architektur ab. Es kommt jetzt darauf an, daß die Bereitschaft zur Zusammenarbeit Westeuropas mit der früheren Sowjetunion auf die neue Gemeinschaft Unabhängiger Staaten übertragen wird.

Neben diesen tiefgreifenden Veränderungen im ehemaligen Ostblock steht auf der anderen Seite die Europäische Gemeinschaft heute vor einer grundlegend neuen Phase, vor dem bedeutendsten Schritt ihrer bisherigen Entwicklung. Mit ihrer Entscheidung, den Europäischen Binnenmarkt bis zum 31. Dezember 1992 zu vollenden, hat die Europäische Gemeinschaft ein

neues Kapitel ihrer Geschichte aufgeschlagen. Die Gemeinschaft hat ein ehrgeiziges Programm in Gang gesetzt, das zu einer Liberalisierung und Harmonisierung aller wesentlichen Rahmenbedingungen eines zukünftigen Binnenmarktes führen soll.

Auf diese Weise werden zum Ende dieses Jahres 12 Staaten zu einem Raum ohne Binnengrenzen zusammenwachsen, in dem der freie Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital gewährleistet ist. Es entsteht ein einheitlicher Markt mit 340 Mio. Verbrauchern, größer als der der USA oder der früheren Sowjetunion.

Aber wir dürfen auch nicht die Augen davor verschließen, daß sich gerade in Europa neue Gefährdungen zeigen. Auf der einen Seite haben die nationalen Grenzen durch den Abbau des Ost-West-Gegensatzes, die Dynamik des europäischen Einigungsprozesses und die Wiedervereinigung Deutschlands ihren trennenden Charakter mehr und mehr verloren. Gleichwohl werden nationale Besonderheiten ihre Bedeutung behalten, und das ist auch wünschenswert, weil sich damit eine Vielzahl kultureller, geistiger und sonstiger Traditionen und Lebenserfahrungen verbindet.

Wir müssen aber auf der anderen Seite darauf achten, daß solche nationalen Besonderheiten nicht Anlaß zur Abgrenzung oder gar unfriedlichen Auseinandersetzung werden. Wir erleben in diesen Monaten in mehreren Staaten Europas auch ein bedrückendes Wiederaufleben nationalistischer Bestrebungen und Gegensätze; hinzu kommt, daß mancherorts alte Dämonen und Vorurteile – wie Fremdenfeindlichkeit oder Antisemitismus – zu neuem Leben erwachen. Ich denke besonders – aber eben nicht nur – an die schlimmen kriegerischen Auseinandersetzungen in Jugoslawien. Solche Auseinandersetzungen müssen im Europa von heute – nach allen Erfahrungen dieses Jahrhunderts – endgültig der Vergangenheit angehören. Ein Rückfall in nationale Konflikte oder alte Vorurteile darf nicht der Preis sein für die Überwindung des Ost-West-Gegensatzes auf unserem Kontinent. Es ist deshalb das vorrangige Gebot unserer Zeit, ein Europa des friedlichen Nebeneinander und Miteinander verschiedener Nationen aufzubauen, Nationen, die über Grenzen hinweg verbunden und nicht getrennt sind und die ihre jeweiligen Besonderheiten und Eigenarten leben und pflegen können.

Ein weiteres: Kriege, Bürgerkriege, politische Verfolgung, Mißwirtschaft und ökologische Katastrophen tragen dazu bei, Wanderungs- und Flüchtlingsströme in der Dritten Welt auszulösen. Nach Schätzungen des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen sind gegenwärtig weltweit 15 bis 20 Mio. Menschen auf der Flucht. Ein Teil davon strebt nach Europa. Aber auch in Europa selbst gibt es Wanderungsbewegungen, bedingt vor allem durch das wirtschaftliche, soziale und ökologische Gefälle zwischen Ost und West. Die gewaltigen Risiken, die diese Wanderungsbewegungen nicht nur für unseren Wohlstand, sondern auch ganz unmittelbar für Sicherheit und Frie-

den mit sich bringen, werden in der breiten Öffentlichkeit bei uns leider noch nicht zureichend erkannt. Der Club of Rome rechnet in seinem jüngsten Bericht damit, daß Bevölkerungsdruck, fehlende Chancengleichheit und Reste politischer Unterdrückung in Osteuropa ebenso wie in der Dritten Welt Auswanderungswellen auslösen könnten, die sich nicht mehr eindämmen lassen. Die endgültigen Konturen des neuen Europas zeichnen sich erst ab. Um Frieden in Freiheit und Gerechtigkeit zu erreichen, bedarf es noch gewaltiger Anstrengungen. Dabei geht es um

- die Herstellung der Politischen Union und der Wirtschafts- und Währungsunion,
- eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik,
- konsequente Abrüstung und Rüstungskontrolle,
- die Unterstützung der demokratischen und wirtschaftlichen Entwicklung in den Staaten des ehemaligen Ostblocks, sowie um
- verstärkte Anstrengungen, um die globalen Probleme der Armut, des Hungers und der Umweltzerstörung zu lösen.

### **Europa muß mit einer Stimme sprechen**

Am 9. und 10. Dezember 1991 tagte in Maastricht der Europäische Rat. Er einigte sich über den Vertrag zur Schaffung der Politischen Union und der Wirtschafts- und Währungsunion. Dieses Vertragswerk bedeutet eine grundlegende neue Weichenstellung für die Zukunft Europas. Das wichtigste Ergebnis von Maastricht ist, daß der Weg zur Europäischen Union nunmehr unumkehrbar ist. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft sind jetzt so miteinander verbunden, daß ein Rückfall in früheres nationalstaatliches Denken nicht mehr möglich ist. In diesem Lichte und in der historischen Perspektive war Maastricht wohl das bedeutendste Gipfeltreffen der EG seit der Unterzeichnung der Römischen Verträge.

Die Europäische Gemeinschaft ist jetzt für die schwierigen Herausforderungen der neunziger Jahre besser gerüstet. Das betrifft das Zusammenwachsen der Gemeinschaft, aber auch ihr Verhältnis zu den anderen europäischen Partnern und der übrigen Welt. Der Maastrichter Gipfel war insbesondere für unsere Nachbarn in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, die sich in einer schwierigen Aufbauphase befinden, eine große Ermutigung. Er versetzt die Europäische Gemeinschaft in die Lage, diesen Staaten wirkungsvoller zu helfen. Zugleich ging von Maastricht eine klare Botschaft an diejenigen europäischen Staaten aus, die der EG beitreten wollen.

Maastricht war auch der Beweis dafür, daß das vereinte Deutschland seine Verantwortung in und für Europa aktiv wahrnimmt und klar zu dem steht, was wir immer gesagt haben, nämlich daß die deutsche Einheit und die europäische Einigung zwei Seiten ein und derselben Medaille sind. Ich erinnere

daran, daß die Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland dem deutschen Volk schon 1949 auftrag, „seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“. Die Bundesrepublik Deutschland erfüllt diesen europäischen Auftrag ihrer Verfassung mit der inneren Überzeugung und Entschlossenheit, mit der sie für ihre staatliche Einheit kämpfte. Die Ergebnisse von Maastricht sind insbesondere im Hinblick auf die Wirtschafts- und Währungsunion, aber auch die Politische Union, richtungweisend.

Auch wenn wir Deutschen uns noch deutlichere Fortschritte bei der Politischen Union vorstellen konnten, steht außer Zweifel, daß die Politische Union in den nächsten Jahren rasch an Substanz und Eigendynamik gewinnen wird. Allein schon die im Vertrag enthaltenen klaren zeitlichen Vorgaben und Überprüfungsklauseln werden den notwendigen politischen Druck in diese Richtung verstärken. So werden wir auch Schritt für Schritt eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik erreichen. Mit dem Einstieg in Mehrheitsentscheidungen im Bereich der Außenpolitik und den vereinbarten neuen Strukturelementen, wie insbesondere den gemeinsamen Aktionen, gehen wir einen entscheidenden Schritt über die bisherige Europäische Politische Zusammenarbeit hinaus. Wir können damit schrittweise eine gemeinsame Außenpolitik entwickeln, die diesen Namen auch verdient. Wir haben uns ferner auf die Herausbildung einer eigenständigen europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität verpflichtet. Damit wird die Westeuropäische Union zu einem integralen Bestandteil der Europäischen Union und zugleich zu einem wichtigen Pfeiler der Brücke zwischen der Atlantischen Allianz und der Europäischen Union. Die vorgesehene engere Abstimmung der WEU-Staaten innerhalb der NATO wird dazu führen, daß Europa auch in der Allianz sichtbarer als bisher mit einer Stimme spricht. Beides, der neue Vertragsartikel über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Erklärungen zur WEU, geben der Politischen Union eine neue, weit in die Zukunft weisende Dimension.

Nicht zuletzt die Kriege am Golf und in Jugoslawien haben eindringlich vor Augen geführt, daß die Europäische Gemeinschaft eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik braucht. Notwendig sind dazu effizientere Entscheidungsstrukturen und -mechanismen. Europa muß mit einer Stimme sprechen, nur dann sind wir in der Lage, aktiv zur Lösung der großen Probleme unserer Zeit beizutragen.

Ein vereintes Europa ist auf Dauer ohne gemeinsame europäische Verteidigung nicht denkbar. Deshalb wollen wir die Westeuropäische Union nutzen, ihr neue Aufgaben zuweisen und ihre Wirkungsweise verbessern. Das Atlantische Bündnis bleibt auch in Zukunft von existentieller Bedeutung für Europa.



Die neue Phase der Weltpolitik macht es möglich, Frieden mit weniger Waffen zu schaffen, was vor 10 Jahren vielen in Europa noch undenkbar erschien. Auch die Rolle der Nuklearwaffen erfährt eine einschneidende Veränderung. Zwar wird die Allianz auch in Zukunft nicht auf nukleare Waffen verzichten können, jedoch wird ihre Zahl ganz erheblich reduziert. In diesem Zusammenhang ist es von entscheidender Bedeutung, wer in Zukunft die Kontrolle über die Kernwaffen auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR ausüben wird. Es darf hier auf keinen Fall neue Unsicherheit geben.

Auf deutschem Boden wird es künftig keine landgestützten Nuklearwaffen mehr geben.

Die KSZE wird auch künftig eine wesentliche Rolle bei der Schaffung einer dauerhaften und gerechten Friedensordnung für unseren Kontinent spielen. Sie hat in mehr als 15 Jahren entscheidend dazu beigetragen, schrittweise trennende Gräben auf unserem Kontinent zu überwinden und schließlich die Fundamente eines Hauses zu legen, in dem alle Völker und Länder Europas in Freiheit und Sicherheit zusammenleben können.

Mit der Charta von Paris hat das neue Europa eine gesamteuropäische Rahmenverfassung erhalten. In ihr bekennen sich alle Länder zu den gleichen Prinzipien der Achtung der Menschenrechte, der Demokratie und der Marktwirtschaft. Darüber hinaus wurden die ersten Institutionen für Gesamteuropa geschaffen, wie der Rat der Außenminister und das Konfliktverhütungszentrum in Wien. Der KSZE-Prozeß soll zum Stabilitätsrahmen für das größere Europa werden. Seine weitere Entwicklung zeichnet sich ab: 1992 findet die nächste KSZE-Gipfelkonferenz in Helsinki statt. Wir wollen auch den Weg zur Konstituierung einer parlamentarischen Versammlung der KSZE ebnen. Wir wollen die KSZE-Strukturen so weiter entwickeln, daß sie wirksamer als Instrumente der Krisensteuerung, Streitbeilegung und Konfliktverhütung genutzt werden können.

Wenngleich der institutionelle Rahmen des künftigen Europas noch bescheiden anmutet, so läßt sich doch schon erkennen, daß das 21. Jahrhundert eine Konföderation erleben mag, die nicht nur die nordeuropäischen, sondern auch die Staaten Mittel- und Osteuropas umfaßt.

Eine wichtige Aufgabe bleibt die weitere Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments. Hier haben wir in Maastricht zwar Fortschritte erzielt, aber nach unserer Auffassung nicht in ausreichendem Maße.

Das gilt auch für den Bereich der Sozialpolitik, wo elf Mitgliedstaaten – ohne Großbritannien – einen gesonderten Vertrag in Form eines Protokolls abgeschlossen haben. Die elf Länder bekunden damit ihren Willen, den Weg, den die Ende 1989 – von den gleichen elf Ländern – in Straßburg verabschiedete EG-Sozialcharta vorgezeichnet hat, bald vollständig in die Tat umzusetzen.

Für die Bundesregierung ist eine Europäische Union nicht vorstellbar, die sich nicht auch als Soziale Union versteht. Insgesamt hat Maastricht auch den Weg zur Vollendung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion klar vorgezeichnet und unwiderruflich festgelegt.

### **Eine Kultur der Solidarität in Europa und für die Dritte Welt**

Besonders in den neuen Demokratien in Mittel-, Ost- und Südosteuropa ist die Vorstellung von einer besseren Zukunft sehr stark mit dem Gedanken an eine Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft verknüpft. Die Europäische Gemeinschaft hat ein besonderes Interesse daran, daß die demokratischen Kräfte in der ehemaligen Sowjetunion bzw. den einzelnen Republiken an Boden gewinnen und es ihnen gelingt, wirtschaftliche und soziale Stabilität zu schaffen. Wir wollen die Republiken, die im Ergebnis der tiefgreifenden Umwandlung dort jetzt zur Unabhängigkeit drängen, in die Gestaltung der europäischen Zukunft einbeziehen – politisch, wirtschaftlich und kulturell. Wir setzen darauf, daß sie sich bald auf ein gemeinsames Dach einigen werden, das ihre – und damit auch unsere – Sicherheit verbürgt und ihre Volkswirtschaften voranbringt. Die Zusammenarbeit mit den Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa wollen wir so ausgestalten, daß sie den Anschluß an die marktwirtschaftlichen Strukturen des Westens gewinnen, ehe sie dem vollen Wettbewerb eines großen Marktes ausgesetzt sind. Auf diesem Weg sind die neuen Assoziierungsabkommen mit Polen, der CSFR und Ungarn wichtige Meilensteine. Die Unterstützung des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels in Mittel-, Ost- und Südosteuropa gehört zu den herausragenden außenpolitischen Aufgaben der Gemeinschaft in den neunziger Jahren. Europa muß dafür sorgen, daß keine Wohlstandsgrenze die frühere ideologische Grenze, die Europa über 40 Jahre lang gespalten hat, ersetzt. Fest verankerte Demokratien und eine erfolgreiche soziale Marktwirtschaft sind die beste Garantie für dauerhaften Frieden.

Die Völker Mittel-, Ost- und Südosteuropas brauchen die solidarische Hilfe des ganzen Westens. Die Bundesrepublik Deutschland hat bei den Hilfen für die frühere Sowjetunion und die Reformstaaten Pionierarbeit geleistet und zugleich immer wieder auf eine faire internationale Lastenteilung gedrungen. Wir Deutschen haben den Reformprozeß in Mittel-, Ost- und Südosteuropa seit 1989 mit über 90 Milliarden DM unterstützt, davon allein mehr als 60 Milliarden DM für die Sowjetunion. Wir leisten so weit über die Hälfte aller westlichen Hilfen an die ehemalige Sowjetunion und fast ein Drittel der westlichen Hilfen an die anderen genannten Staaten.

Die Europäische Gemeinschaft ist für viele ihrer Nachbarn in Europa längst zum entscheidenden Hoffnungsträger für Stabilität und Wohlstand gewor-

den. Sie kann deshalb nicht länger einer klaren Antwort auf das Kernanliegen vieler dieser Länder, dem möglichst raschen EG-Beitritt, ausweichen. Die Europäische Gemeinschaft muß auch künftig offen für andere europäische Länder sein, soweit und sobald sie die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft erfüllen.

Wir leben in einer Welt, deren Probleme unteilbar sind. Wir in Europa werden dies in Zukunft stärker zu spüren bekommen. Ich denke dabei etwa an den Wegfall aller Kontrollen für Personen und Waren an den Binnengrenzen der Europäischen Gemeinschaft in Folge der Herstellung des Binnenmarktes ab dem nächsten Jahr. Bei aller Freude über mehr Freizügigkeit müssen wir damit rechnen, daß dies der organisierten Kriminalität zusätzliche Möglichkeiten eröffnet, insbesondere für das kriminelle Treiben der Drogenmafia. Eine andere für die innere Stabilität unserer Länder bedrohliche Entwicklung liegt darin, daß immer mehr Menschen aus wirtschaftlichen Gründen ihre Heimat verlassen und in die Länder der Europäischen Gemeinschaft drängen. Wir brauchen daher dringend eine gemeinsame europäische Asyl- und Einwanderungspolitik.

Nach dem glücklichen Ende des Kalten Krieges zwischen Ost und West rückt jetzt der notwendige Ausgleich zwischen Nord und Süd stärker in den Vordergrund. Wir werden in Zukunft mehr tun müssen, um den Entwicklungsländern zu helfen. Ich nenne nur die Stichworte: Elendsflüchtlinge und Klimazerstörung. Sehr wichtig für die Entwicklungsländer ist ein erfolgreicher Abschluß der GATT-Verhandlungen. Wir sind bereit, unseren Teil der Mitverantwortung für die Lösung der globalen Probleme wie Umweltschutz und Hunger in der Welt zu tragen. Gemeinsames Ziel der Industrieländer muß sein, einen Teil der Mittel, die bisher in Verteidigung investiert werden, künftig für friedliche Zwecke einzusetzen, hierzulande, aber auch als Hilfe in der Dritten Welt. Unter anderem ist auch dieser Gedanke in der Erklärung der Sondersynode der Bischöfe für Europa vom November/Dezember 1991 in Rom aufgegriffen, wenn es z. B. heißt: „Der Beginn des ‚Gemeinsamen Europäischen Marktes‘ ist für uns ein Anruf und Herausforderung: Besonders dringlich ist eine Kultur der Solidarität, damit für die alten und neuen Formen der Armut gerechte Lösungswege gefunden werden.“

### **Der „Genius Europa“ – Geistige Grundlagen der politischen und sozialen Ordnung**

Der Europäische Gedanke war von Anfang an mehr als der Entwurf für eine politische Interessenvertretung oder eine wirtschaftspolitische Konzeption. Die Europäische Idee ist entscheidend geprägt worden durch das, was Papst Johannes Paul II. den „Genius Europa“ nannte. In ihm fließen die Philoso-

phie der Antike und des Humanismus ebenso zusammen wie die Rationalität der Aufklärung und vor allem die eigenständige Kraft des Christentums. Es erscheint nicht von ungefähr, daß viele der großen Europäer der ersten Stunde ihren geistigen Rückhalt im katholischen Glauben hatten. Ich erwähne nur Alcide De Gasperi, Robert Schuman und Konrad Adenauer. Die ersten, entscheidenden Schritte beim Aufbau der Europäischen Gemeinschaften vollzogen sich in der Zeit des Pontifikats Pius' XII., der nachdrücklich diese Entwicklung gefördert hat.

Das Europa, an dem wir arbeiten, wird kein uniformes Europa sein. Seine Vitalität erwächst aus der Vielfalt europäischer Wesenszüge und Traditionen. Europa lebt gerade von der Vielfalt der Temperamente und der geistigen Profile seiner Völker.

In der Vielfalt Europas bewahrheitet sich ein Prinzip, das gerade in der gegenwärtigen Phase der europäischen Entwicklung von höchster Bedeutung ist und das zu den Grundlagen der katholischen Soziallehre gehört: das der Subsidiarität.

Papst Pius XI. hat dieses Prinzip 1931 in „Quadragesimo anno“ als konstitutiv für eine freie, human organisierte Gesellschaft bezeichnet.

Eigeninitiative gegen soziale Vermassung, Vielfalt gegen Totalitarismus – so sah es der Papst und so sehen wir es bis heute. Der verstorbene große Lehrmeister der katholischen Soziallehre, Oswald von Nell-Breuning, hat mit Blick auf den Staat erläutert, das Prinzip der Subsidiarität verlange den Vorrang der kleineren politischen Einheit vor der größeren. Es lasse die Zusammenführung von staatlichen Aktivitäten nur dort zu, wo es nötig ist.

In diesem Sinne verstehen wir Deutsche die Idee des politischen Föderalismus als die konkrete Ausprägung des Subsidiaritätsprinzips im staatlichen Leben. Wir können dabei auf eine lange Tradition aufbauen. Stellvertretend für viele erwähne ich einen der großen Vorkämpfer des Föderalismus im Deutschland des 19. Jahrhunderts, dessen 100. Todestag wir 1991 begangen haben: Ludwig Windthorst. Er war nicht nur die überragende Gestalt der Zentrums-Partei in der Bismarck-Ära. Ich erwähne ihn auch als einen beispielhaften Anwalt der Grundrechte, der Rechtsstaatlichkeit und des bundesstaatlichen Prinzips.

Zusammen mit zahlreichen anderen Völkern Europas sind wir der Überzeugung, daß auch das zusammenwachsende Europa von den positiven Erfahrungen mit dem Föderalismus profitieren wird. Das bedeutet konkret: Nur das, was von einer übergeordneten europäischen Instanz geleistet werden muß, soll in ihre Verantwortung übergehen.

In diesem Zusammenhang verdient ein Memorandum Beachtung, das die katholische und evangelische Kirche der Bundesregierung gemeinsam vorgelegt haben, um Anregungen zur Subsidiarität als Element einer europäischen Verfassungsordnung zu geben. Es heißt dort:

„Nur, wenn und soweit der mit einer beabsichtigten Maßnahme verfolgte Zweck auf der Ebene der einzelnen Mitgliedsstaaten, aber auch – soweit dies von der Sache in Frage kommt – auf der Ebene gesellschaftlicher und auch kirchlicher Institutionen allein nicht ausreichend verwirklicht werden kann, wird die Gemeinschaft tätig.“

In dieser Stellungnahme wird also das Recht der gesellschaftlichen, vorstaatlichen Institutionen auch in europäischer Perspektive hervorgehoben.

## **Die Kirchen und der moralische Wiederaufbau Europas**

Aus allem geht hervor: Die Europäische Gemeinschaft ist mehr als ein großer Marktplatz oder eine Freihandelszone. Sie ist im tiefsten Wesen die Verwirklichung einer geistigen Idee. Auf dem Weg dorthin brauchen wir Klarheit in vielen Grundsatzfragen: Klarheit über das Menschenbild, die politischen Grundwerte und die Prinzipien politischer und gesellschaftlicher Ordnung. Im Mittelpunkt unseres politischen Handelns hat immer der Mensch zu stehen – der einzelne und mit ihm alle Menschen in ihrer weltweiten Verbundenheit.

Als Christen denken wir dabei an die Gottesebenbildlichkeit des Menschen, in der seine Würde als Person gründet. Für Christen, die politische Verantwortung tragen, muß dies Leitschnur ihres Handelns sein.

Europas Zukunft ist ohne die Klärung fundamentaler Fragen der politischen Ordnung und einen politisch-ethischen Dialog nicht möglich, daher verdient die künftige Entwicklung das besondere Interesse und Engagement der Kirchen. Weit davon entfernt, in den Raum des Privaten verbannt zu werden, haben sie die Möglichkeit, ihre Gestaltungsvorschläge zur Geltung zu bringen. Ich nenne einige Felder, auf denen die Kirchen ihren Beitrag leisten sollten.

Das erste Feld ist die Ethik. Die Orientierungssuche in Europa reicht weit über den Bereich des Politischen hinaus. Wir brauchen eine Ethik, die Chancen und Grenzen des modernen Lebens insgesamt umfaßt.

Die gesamte Entwicklung Europas wird von den zentralen Kennzeichen der Moderne bestimmt: von Menschen- und Bürgerrechten, Individualität, Pluralität und gesellschaftlicher Dynamik. Auch in den Ländern Mittel- und Osteuropas zeichnet sich der Wandel zur modernen Gesellschaft ab.

Wir müssen uns hierbei die Frage stellen, wie die Gesellschaft ein menschliches Aussehen bewahren kann. Wie kann es gelingen, auch in der modernen, individualisierten Gesellschaft das nötige Einstehen füreinander zu sichern? Insbesondere: Wie schaffen wir es, die Familie als Ort menschlicher Geborgenheit, gelebter Solidarität und frühzeitiger Übernahme eigener Verantwort-

tung zu stärken? Wie sollen wir reagieren auf das Phänomen der Gewalt? Wie wird es gelingen, vielfach empfundener Sinnleere und Langeweile entgegenzutreten?

Auch diese Fragen betreffen ureigene Aufgabengebiete der Kirchen.

Der Glaube kann über alle Fragmentierungen und Einseitigkeiten hinweg eine Gesamtschau des Lebens geben. Er verbietet eine verkürzende Betrachtung und den einseitig-instrumentellen Gebrauch der Vernunft. Gerade die Kirchen sind zu solcher Gesamtschau aufgefordert, zur Analyse und zur Beschreibung eines humanen und organischen Aufbaus der Gesellschaft.

Über die Grenzen der Kirchen hinaus bemühen sich Christen in ganz Europa, die Forderungen der Gerechtigkeit, der Sicherung und Förderung des Friedens sowie des angemessenen Umgangs mit der nichtmenschlichen Schöpfung zu klären. Dieses Bemühen hat in der Basler Europäischen Ökumenischen Versammlung im Mai 1989 einen Höhepunkt erlebt. Gewiß wurden und werden in diesem Zusammenhang auch politische Forderungen erhoben, die ich für wenig ratsam oder gar falsch halte. Auch ist die Gefahr der Verwischung der Grenzen zwischen Religion und Politik nicht von der Hand zu weisen.

Dennoch ist ein christliches – vernünftiges und zugleich gläubiges – Ringen um Lösungen in den wirklich zentralen Fragen der europäischen und weltweiten Gegenwart ein wichtiger Dienst für die Gestaltung der Zukunft.

Außerdem brauchen wir in Europa konkret auch ethische Leitlinien der politischen Gestaltung. Hier leistet gerade die katholische Kirche mit ihrer Soziallehre einen bedeutsamen Beitrag.

Auch hier führt uns die jüngste Sozialenzyklika des Papstes weiter. Zwar verwendet „Centesimus annus“ den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft nicht ausdrücklich. Doch wird darin die Vorstellung von einer Wirtschaftsordnung mit Kriterien beschrieben, die unserem deutschen Verständnis von Sozialer Marktwirtschaft sehr nahekommen: eine marktwirtschaftliche Ordnung, in der die Marktmechanismen ihre Wirkung entfalten können, in der der einzelne mit seiner Fähigkeit und Bereitschaft zur Leistung ernst genommen wird, die aber die Marktmechanismen nicht zum ausschließlichen Bezugspunkt für das gesamte gesellschaftliche Leben werden läßt. Mit begrüßenswerter Klarheit hat „Centesimus annus“ in guter Tradition mit ihren Vorgängerinnen die Notwendigkeit einer ethischen Bindung staatlichen und wirtschaftlichen Handelns herausgestellt. Diese ethischen Bindungen zu verdeutlichen und zu konkretisieren, gehört zu den größten Aufgaben und Chancen auch der Kirchen.

Ich will ein zweites Feld beschreiben, wo den Kirchen bei der Gestaltung der Zukunft unseres Kontinents eine wichtige Aufgabe zukommt. Europa braucht nicht nur den materiellen, sondern genauso den moralischen Wiederaufbau.

Vor allem ist dies in den bisher kommunistischen Gesellschaften der Fall. Viele Menschen schauen dort in tiefer Traurigkeit und voller Zorn auf die Jahre zurück, in denen sie fast aller Möglichkeiten freier Entfaltung beraubt waren.

Nötig ist zunächst, ein unerläßliches Maß an Grundvertrauen in die staatliche und gesellschaftliche Ordnung der Demokratie aufzubauen. Dies zu fördern, ist auch eine kirchliche Aufgabe, ganz besonders im Osten Europas. Ich habe die klaren Worte, die der Papst in „Centesimus annus“ über den hohen Wert der Demokratie gefunden hat, als außerordentlich hilfreich empfunden.

Mit dem christlichen Verständnis vom Menschen hat die Demokratie gemeinsam eine gesunde Skepsis gegenüber der Vorstellung einer perfekten Welt und von perfekten Lösungen. Ein demokratischer Staat lebt entscheidend aus der Fähigkeit zum Kompromiß. Jeder Kompromiß enthält notwendigerweise Defizite; jede Güterabwägung ist zugleich die Abwägung zwischen zwei Übeln, von denen eines in Kauf genommen werden muß.

Die Fähigkeit, dies zu erkennen und zu akzeptieren, ist nicht nur in den westlichen Staaten Europas zum Teil unterentwickelt. Sie stößt gerade in den jungen Demokratien im Osten angesichts der hochgespannten Erwartungen an die demokratische Staatsform vielfach auf Verständigungsschwierigkeiten. Hier stehen wir alle vor einem notwendigen und schwierigen Lernprozeß.

Eine der Grundaussagen der christlichen Frohen Botschaft heißt Versöhnung. Sie zu fördern, ist auch im westlichen Teil Europas nötig. Immer wieder drohen Verwerfungen und Teilungen die Gesellschaft zu erschüttern. Das wird z. B. im Aufkommen ethnischer Spannungen in Teilen Europas sichtbar. Hier sehe ich auch für die Kirchen Möglichkeiten und Chancen, Unverständnis und Haß zwischen Völkern und Volksgruppen zu mildern oder zu überwinden.

Immer ist der christliche Glaube in Europa ein Band der Gemeinsamkeit gewesen, das selbst Gegner miteinander verbunden hat. Gerade die katholische Kirche, die von ihrem Beginn an immer aus der fruchtbaren Spannung zwischen Einheit und Vielfalt lebt, kann hier aus den wertvollen Erfahrungen ihrer „Katholizität“ schöpfen. Ich erhoffe von den Kirchen Kraft und Kreativität beim Bemühen, das Gemeinsame zwischen den Menschen spürbar zu machen.

Ich habe bereits erwähnt, daß die Europäische Gemeinschaft vor der Aufgabe steht, eine gemeinsame Politik der Einwanderung und Asylgewährung zu formulieren. Beschränkungen sind und bleiben nötig. Dennoch gilt: Die Europäische Gemeinschaft ist ein Raum, in dem Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und Traditionen in gegenseitiger Achtung und Toleranz gleichzeitig leben können.

Zu einem Klima der Toleranz gegenüber Menschen, die anders sind als man selbst, können und sollten auch die Kirchen ihren Beitrag erbringen. Sie sind die bevorzugten Anwälte einer umfassenden Zusammengehörigkeit der Menschen und sie besitzen zugleich die Klugheit, die aus jahrhundertelanger Erfahrung erwächst.

### **Europa: eine Zivilisation im Werden**

Europa ist unser gemeinsames Erbe. Alle Europäer können dazu beitragen, es zu prägen und zu erneuern, zu versöhnen und in Vielfalt gedeihen zu lassen. Europa ist aber auch eine Zivilisation im Werden. Dies ist eine geistige und geistliche, eine wirtschaftliche und soziale, eine politische und kulturelle Herausforderung. Die Berufung Europas liegt in der Achtung vor dem Einzelnen und seinem Gewissen, in dem Respekt vor dem Recht und der Toleranz vor dem Andersdenkenden, in Einheit und Vielfalt im Kleinen wie im Großen. Nur selten hat uns die Geschichte so gute Möglichkeiten zur Bewährung und schöpferischen Gestaltung gegeben wie heute.

Europa hat am Ende des 20. Jahrhunderts Chancen, von denen kaum jemand zu träumen wagte, als zu Beginn dieses Jahrhunderts scheinbar alle Lichter ausgingen. Pessimistische Visionen haben sich nicht bewahrheitet, die Lampen gehen *überall* wieder an in Europa. Durch die osteuropäischen Freiheitsbewegungen haben wir erfahren, daß es die Kraft und der Wille der Menschen, der Völker und Gesellschaften ist, die politische Regime umwerfen können, wenn diese morsch und moralisch abgewirtschaftet sind.

Wir im Westen, die wir über Jahrzehnte das Glück hatten, in Freiheit zu leben, haben allen Grund, uns diese Erfahrung zum Vorbild zu nehmen. Europa wird nur werden, wenn der Einzelne daran mit Phantasie und Tatkraft mitwirkt. Die Osteuropäer haben uns ein Beispiel gegeben.

Wir müssen ein geistig lebendiges und kraftvolles Europa bauen, und alle sind eingeladen, daran tatkräftig mitzuwirken, gleichgültig, ob sie aus West- oder Osteuropa kommen oder von einem anderen Kontinent stammen. Von *einer* Welt zu träumen, kann damit anfangen, einen Kontinent wieder zu einen, der künstlich zerrissen war. Darin werden sich die Europäer mit den Menschen aus anderen Kontinenten ganz gewiß einig sein.

### **Zur Person des Verfassers**

Rudolf Seiters, MdB, Bundesminister des Innern.